

Deutsches Geld für philippinisches Gold

Wie deutsche Banken den Großbergbau in den Philippinen mitfinanzieren

Seitdem die philippinische Regierung die Förderung des Bergbaus zu einer ihrer Prioritäten gemacht hat, vergeht kaum ein Jahr in dem nicht eine »Mining Roadshow« in Ländern wie China, England, Frankreich oder Australien durchgeführt wird, um Investoren für den philippinischen Bergbausektor ins Land zu locken. Bis jetzt fand zwar noch keine solche »Werbeveranstaltung« in Deutschland statt, aber auch deutsche Banken sind als Anteilseigner oder Kreditgeber an Bergbauprojekten in den Philippinen beteiligt.

Maïke Grabowski

In den Philippinen wird die Bergbauindustrie zum Großteil von ausländischen Firmen kontrolliert. Da der Bergbau in den Philippinen jahrelang stagnierte, wurde 1995 mit dem *Mining Act* ein neues Bergbaugesetz beschlossen, das ausländischen Konzernen vollständige Besitzrechte (vor 1995 waren lediglich 40 Prozent Anteilshabe möglich) sowie umfassende Vergünstigungen einräumt.

So können ausländische Firmen nun bis zu 81.000 Hektar Land für 25 Jahre pachten, philippinische Firmen hingegen können pro Provinz nur 8.000 Hektar und insgesamt nur 16.000 Hektar pachten (vgl. mgb.gov.ph/asommm/policy.htm). Finanzielle Anreize machen ausländische Bergbauunternehmungen in den ersten fünf Jahren faktisch steuerfrei, die Firmen besitzen bevorzugten Zugang zu Wasser und Holz und die philippinische Regierung verpflichtet sich, alle »Hindernisse« aus dem Weg zu räumen, die einem Abbau im Weg stehen könnten. Weiterhin wird ausländischen Unternehmen die ungehinderte und unbegrenzte Rückführung des Gewinns und der Schutz vor Enteignung zugesagt. Der *Mining Act* beinhaltet zwar auch die Auflage der Konsultation und Zustimmung der ansässigen Bevölkerung (*Free and Prior Informed Consent* – FPIC), sowie die Einhaltung von Umweltstandards. Die Umsetzung dieser Auflagen wird jedoch seitens der Regierung unzureichend überwacht, und die Firmen werden für Verstöße in

der Regel nicht zur Rechenschaft gezogen (Reese 2006).

Die philippinische Regierung verspricht sich mit schätzungsweise sechs Milliarden US-Dollar Konzessionsentnahmen jährlich einen kräftigen Schub für die klammen öffentlichen Finanzen. Nach Angaben von Bergbaukritikern tragen ausländische Bergbauunternehmen jedoch nur sechs Prozent zum Nationaleinkommen bei, verursachen dabei aber 57 Prozent der Umweltzerstörung (vgl. nordis.net).

Werbung für den Bergbau

Das Ziel der philippinischen Regierung für den Bergbausektor ist hochgesteckt: Erst kürzlich hat sie die Summe der geplanten ausländischen Direktinvestitionen bis zum Jahr 2011 von 6,5 Milliarden auf 10,4 Milliarden US-Dollar angehoben, das Jahr 2007 wurde zum Jahr des »Takeoff« für die Bergbauindustrie erklärt und die Liste der staatlichen Bergbauprojekte, die besonders gefördert werden sollen, von 24 Projekten auf 30 erhöht (die Liste der Projekte findet sich unter mgb.gov.ph/miningportal/home.htm).

Seit dem Jahr 2004 haben ausländische Bergbauunternehmen 879 Millionen US-Dollar investiert, um neue Bergbaugelände zu erkunden und alte zu sanieren. Das Land verfügt nach eigenen Angaben über unerschlossene Bodenschätze im Wert von einer Billion US-Dollar (vgl. *Mining investments goal now \$ 10.4 billion*, Business World, 17.10.2007). Dem Ministerium für Umwelt und natürliche Ressourcen (DENR – *Department of Environment and Natural Resources*)

Maïke Grabowski ist Ethnologin und Mitarbeiterin im philippinenbüro.

liegen über 2000 Anträge auf Abbauerlaubnisse vor (Stankovitch et al. 2007).

Devisen lautet die Devise

Trotz der politischen Risiken investieren ausländische Firmen vermehrt in den philippinischen Bergbau-sektor. Im ersten Halbjahr 2007 flossen allein 103 Millionen US-Dollar an ausländischen Direktinvestitionen (Business World, 17.10.07). Dabei lassen sich die Investoren auch nicht von dem massiven Protest der lokalen Bevölkerung stören. Regelmäßig kommt es zu so genannten Umweltunfällen, die verheerende Folgen für das ökologische Gleichgewicht und die ansässige Bevölkerung haben. So gab es erst kürzlich ein rätselhaftes Fischsterben in Rapu-Rapu, auf dem Abbaugelände einer Kupfer- und Goldmine der australischen Firma *Lafayette Mining*.¹

Deutsche Banken in den Philippinen

Da öffentliche und private Geldgeber in den 1990er Jahren vermehrt dafür kritisiert wurden, nicht genügend auf die Einhaltung ökologischer und sozialer Standards bei ihrer Kreditvergabe zu achten, verweisen heute die meisten deutschen Banken auf ihre Nachhaltigkeitsstrategien. So schreibt beispielsweise die Deutsche Bank: »Nachhaltigkeit bedeutet für uns Zukunftsfähigkeit – mit dem Ziel, kommenden Generationen eine gesunde Umwelt sowie stabile wirtschaftliche und soziale Verhältnisse zu übergeben. Über die gesetzlichen Bestimmungen hinaus berücksichtigen wir soziale, ethische und ökologische Aspekte im geschäftlichen Alltag« (deutsche-bank.de/csr/nachhaltigkeit.html).

Diesen sehr wohlklingenden Worten ist jedoch hinzuzufügen, dass die Tatsache, dass von allen deutschen Banken nur die Dresdner Bank und die WestLB die freiwillige Selbstverpflichtung der *Equator Principles* (siehe Kasten) unterschrieben haben, eine andere Sprache spricht.

Weiterhin verwundert es, dass sowohl die Deutsche Bank als auch die Dresdner Bank und die Allianz

AG trotz aller Nachhaltigkeitsstrategien in umstrittene Bergbauprojekte in den Philippinen investieren, die auf massiven Protest der lokalen Bevölkerung stoßen, da sie meist mit erheblichen Schädigungen der Umwelt und einer Beeinträchtigung des Lebensraumes der dort lebenden Bevölkerung einhergehen (siehe Kasten S. 76).

Die Allianz AG in Nueva Vizcaya

Die Allianz AG hält 10,2 Prozent der Anteile der britischen Firma *Metals Exploration* und ist somit der größte Anteilsinhaber. *Metals Exploration*, die in den Philippinen auch unter dem Namen *FCF Mining Company* oder *MTL Exploration Company* auftritt, arbeiten vor Ort mit der philippinischen Bergbaufirma *Philsaga Mining Corp.* zusammen. Deren Abbau- bzw. Erkundungsgebiete befinden sich überwiegend in Nueva Vizcaya (in Puray, Runruno, Dupax, Sulong, Capaz). Aufgrund des immer wieder aufflackernden Protestes der indigenen Bevölkerung, die sich gegen die Präsenz der Bergbaufirmen auf ihrem angestammten Land zu Wehr setzt, hat sich nun auch Langley Segundo, Beauftragter der Cagaya-Region der Nationalen Kommission für die indigene Bevölkerung (NCIP), für eine Überprüfung und Neubewertung der Abbaulizenzen in der Region ausgesprochen (vgl. gascon.wordpress.com/2008/01/11/second-look/).

In Runro, einem der Erkundungsgebiete von *Metals Exploration*, gibt es Proteste der ansässigen Kalingua, Ibaloi und Ifugao. Mehrere Versuche seitens der Gouverneurin Luisa Cuaresma und des *Sangguniang Panlalawigan* (Provinzparlaments), eine Nichtverlängerung der abgelaufenen Erkundungserlaubnis zu erwirken und die Gegend zu renaturieren, blieben ergebnislos. Stattdessen wurde die Erkundungserlaubnis vom damaligen Umweltminister Angelos Reyes verlängert (vgl. *Move to oust mining firms gains ground in Vizcaya*, PDI, 25.10.07). Der Protest vor Ort fordert immer wieder Opfer: So wurde die Geschäftsführerin der *Runruno Landowners Association* (RULANAS), Josie Guillao, welche die Rechtmäßigkeit der Erkundungserlaubnis aufgrund eines er-

Die Equator Principles

Die *Equator Principles* wurden 2003 in Anlehnung an die so genannten *safeguard policies* der Weltbank erarbeitet und sollen im Projektfinanzierungsgeschäft für Bankinvestitionen über 50 Millionen Euro gelten. Sie bestehen aus 15 Kriterien und entsprechen im Wesentlichen den Öko- und Sozialstandards der Weltbank. Darunter fallen so sensible Themen wie die Umsiedlung von Menschen etwa bei dem Bau von Staudämmen und der Gebrauch gefährlicher Substanzen wie Zyankali bei der Goldgewinnung. Weiterhin gehören zu den Kriterien »der Schutz der

Gesundheit, des kulturellen Eigentums und von gefährdeten Spezies« sowie die »Auswirkung auf die einheimische Bevölkerung.«

Ende 2005 haben 41 Banken die *Equator Principles* unterschrieben und als für die eigene Praxis verbindlich anerkannt, darunter neben der WestLB auch die Dresdner Bank. NGOs haben zwar die *Equator Principles* mit Vorbehalten als einen Schritt in die richtige Richtung interpretiert, betonen aber das Problem der Rechenschaftspflicht und Umsetzung und somit der Glaubwürdigkeit. So haben NGO-Re-

cherchen ergeben, dass sich nicht alle *Equator*-Banken immer an die eigenen Richtlinien gehalten haben. Als ein Beispiel hierfür gilt die Baku-Tbilisi-Ceyhan-Pipeline, die vom Kaspischen Meer das Öl zum Mittelmeer führt. Die Pipeline ist 2004 von mehreren *Equator*-Banken und der *International Finance Cooperation* (IFC)² selbst finanziert worden, obgleich es ein unabhängiges Gutachten gab, das 30 Vertragsbrüche mit den *Equator Principles* feststellte.

Quelle: *Bergwerk Peru – Reichtum geht, Armut bleibt*, 2007, S. 4.

schlichenen Einverständnisses der lokalen Bevölkerung in Frage stellt, am 17. Oktober 2007 verhaftet. Gegen sie läuft nun eine Verleumdungsklage, die von *Metals Exploration* angestrengt wurde. Die Verhaftung von Guillao wurde vom Antibergrbauaktivisten und Koordinator des nationalen Umweltnetzwerkes KALIKASAN, Clemente Bautista, als klassisches Beispiel eines SLAPP- (*Strategic Legal Action Against Public Participation*) Prozesses bezeichnet (vgl. kalikasan.org). Damit sind Rechtsstreitigkeiten gemeint, die von meist machtvollen juristischen Personen gegen finanziell schlechter gestellte Kritiker angestrengt werden, um diese durch einen langen und kostspieligen rechtlichen Kampf einzuschüchtern und zum Schweigen zu bringen.

Die Allianz AG, die eine eigene Umweltstiftung unterhält und auf den Seiten dieser Stiftung vor den Risiken des unbekümmerten Umgangs mit Ressourcen warnt (allianz-umweltstiftung.de/stiftung/allgemein/index.html), hat sich zu dieser Situation noch nicht öffentlich geäußert.

Ökologische und soziale Folgen des Großbergbaus

Weil es kostengünstiger ist, wird zunehmend im Tagebauverfahren abgebaut, auch wenn dieser 50 Mal landintensiver und umweltschädlicher ist als der Untertagebau. Ganze Berge werden gesprengt und dem Erdboden gleichgemacht – mit desaströsen ökologischen und sozialen Folgen:

Die Entwaldung führt zu Erosion, Erdbeben und Verwüstung. Die Flussläufe verschlammten, und der Schlamm macht Felder und Land unfruchtbar. Die Flüsse und das Grundwasser werden durch Quecksilber und Zyanid vergiftet (das gebraucht wird, um das Gold aus dem Gestein zu lösen). Die Abwassergräben, die eigentlich das giftige Wasser zurückhalten sollen, sind zuweilen undicht (oder bersten gar und vergiften dann einen ganzen Fluss und alles anliegende Land, wie etwa 1996 auf der Insel Marinduque und 1997 in Sipalay, Negros

Der Grundwasserspiegel sinkt, das heißt Quellen und Brunnen versiegen, die Wasserversorgung für Haus und Felder wird gefährdet. Das Land sinkt ab, Häuser werden zerstört. Die erdbebenartigen Erschütterungen durch die Dynamitexplosionen belästigen die Bewohner und verursachen Risse in ihren Häusern.

Dorfgemeinden werden von ihrem Land vertrieben. Direkt, da dies Land nun dem Abbau der Bodenschätze und der Errichtung der notwendigen Produktionsgebäude dienen soll oder durch die Abwassergräben überflutet wird. Oder nach und nach, da das umgebende Land sie nicht mehr ernähren kann, ihre Wasserversorgung zerstört ist oder ihre Häuser eingestürzt sind.

Dorfgemeinschaften werden zerrüttet; sei es, weil sie sich über die Projekte zerstreiten, sei es, weil sie durch die erzwungene Emigration zerbrechen. Ein Problem gerade für indigene Gemeinden, die unmittelbar mit ihrem Land und ihren langjährig gewachsenen Gemeinschaften verbunden sind.

Zahlreiche Menschen, die den metallischen Giften des Bergbaus ausgesetzt sind, werden krank. Die notwendigen Umweltverträglichkeitsscheine (*Environmental Compliance Certificates*, ECC) gibt es dennoch. Weil die vage Versprechung (und rechtliche Vorschrift) besteht, dass die Bergbauunternehmen nach vollendeter Operation alles wieder renaturieren.

Quelle: Niklas Reese 2006

Kredite der Deutschen Bank sanieren Bergbaufirmen

Auch die Deutsche Bank mischt im philippinischen Bergbausektor mit.

Im Januar 2008 gewährte sie der Firma *Platinum Group Metals* einen Finanzierungskredit von 40 Millionen US-Dollar, um den Kauf, die Wiedernutzbarmachung und zahlreiche Aufbauarbeiten der zwei Eisennickel-Schmelzereien der Firma zu ermöglichen (vgl. *Deutsche signs trade deal with Philippine mining company*, Finance Asia, 22.1.08). Auch der Bergbaufirma *Carmen Copper Corporation*, einer Tochter der philippinischen *Atlas Consolidated Mining & Development Corp.* wurde im Mai 2007 ein Kredit über 100 Millionen US-Dollar gewährt, um das Bergbaugebiet des *Toledo Copper Project* in Cebu wiederzubeleben (vgl. Manila Standard, 29.5.07).

Unbestätigten Informationen zufolge fungiert die Deutsche Bank auch als Broker (Zwischenhändler) für das internationale schweizer Rohstoffunternehmen Xstrata. Xstrata führt – trotz des Auslaufens ihrer Erkundungserlaubnis am 17. August 2007- Probebohrungen in einer Gold-, Kupfer- und Silbermine in Tampakan/Mindanao durch (vgl. *Xstrata/Indophil – »Expose SMI-Xstrata's lies of responsible mining«*, Davao Today, 6.10.07). In dieser Region befinden sich fünf Flüsse, von denen nahezu die gesamte Wasserversorgung Zentral- und Südmindanaos abhängt, und die durch die Bergbauaktivitäten zu verschmutzen drohen. Durch den offenen Tagebau würden die Berge abgetragen. Auch dort wachsen die Proteste.

Dresdner Bank – »Nicht normal für eine Bank«

So lautet der Kehrvers, auf dem die TV-Werbung des Allianz-Ablegers Dresdner Bank neuerdings endet. Und es ist tatsächlich nicht normal, dass die Dresdner Bank zwar die *Equators Principles* unterschrieben hat, aber dennoch als Bankier von *Lepanto Consolidated Mining Company* auftritt.

Die Firma ist in den Cordilleras berüchtigt für ihr Versäumnis, sich mit indigenen Rechten, sowie Umwelt- und Gesundheitsproblemen auseinander zu setzen. Ebenso ist Lepanto für massive Arbeitsrechtsverletzungen bekannt. Bei den Aktivisten des *Save the Abra River Movement* (abrenian.com/starm) gilt Lepanto als Hauptverdächtiger des im Jahr 2006 aufgetretenen Fischsterbens im Gemeindeverband Luba in der Provinz Abra. Das *Teresa Gold Project* von Lepanto befindet sich in Benguet, der Fluss Abra zieht sich jedoch durch drei Provinzen bis nach Abra. Bewohner entlang des Flusses berichten über den strengen Geruch und die dunkle Färbung des Wassers. Regelmäßig durchgeführte Wasserproben weisen einen auffällig hohen Zyanid-, Blei-, Quecksilber- und Chromgehalt auf. Die Abwasserinhaltsstoffe, so ein weiteres Ergebnis der Untersuchung, führen zu

einer Verschlackung des Flussbettes und einer Versalzung angrenzender Reisfelder (vgl. abrenian.com/starm/resources). Neben der Wasserverschmutzung sind auch geologische und gesundheitliche Folgen bemerkbar. Durch den Abbau kommt es zu Bodenabsenkung und Landrutschen. Weiterhin zeigt eine 2003 vorgenommene Gesundheitsuntersuchung der Bewohner von Paalaban und Batbato in Makayan, einem der Abbaugebiete von Lepanto, dass die Bewohner dem regelmäßigen Kontakt mit Minenabwässern ausgesetzt sind. Husten (48.5 Prozent), Nasenschleimhautreizungen (31.6 Prozent), Hautreizungen wie Ausschläge, Jucken und Brennen (31.6 Prozent), Augenreizungen (16.5 Prozent) und Erbrechen (10.5 Prozent) sind die häufigsten Folgen, die aus dem Kontakt mit den Abwässern resultieren. Stichprobenartig entnommene Blutproben zeigten im Vergleich eine höhere Konzentration an Zyanid, Blei und Kupfer als bei Menschen ohne Kontakt zu Minenabwässern (die Studie ist im Internet zu finden unter: abrenian.com/starm/resources).

Staatliche Projekt- und Exportfinanzierung

Am 28. Juni 2007 fand im Bankengebäude der KfW IPEX-Bank in Frankfurt ein denkwürdiges Treffen statt: Zusammen mit der philippinischen Botschafterin Delia Domingo Albert – die gleichzeitig philippinische Sondergesandte für den Bergbau ist – lud die KfW IPEX-Bank über 30 Vertreter aus dem Finanzwesen, der Wissenschaft und der Wirtschaft ein, um für Kreditvergaben und Investitionen in den philippinischen Bergbausektor zu werben. Heinrich Heims, Geschäftsführer der KfW IPEX-Bank, äußerte sich in seiner Begrüßungsrede optimistisch, dass die KfW IPEX-Bank, die schon heute einer der größten Projektfinanzierer im Bergbausektor in Lateinamerika ist, ihre Aktivitäten auch auf die Philippinen ausweiten wird (vgl. philippine-embassy.de).

Sollte es dazu kommen, steht zu befürchten, dass die Investitionen und Kredite aus Deutschland, die dann immerhin von einer staatlichen Entwicklungsbank mitfinanziert würden, nicht zum Wohle der philippinischen Umwelt und Bevölkerung beitragen werden.

Die zwei Gesichter der KfW-Bank

»Viele kennen sie überhaupt nicht – die *Kreditanstalt für Wiederaufbau*, kurz: KfW. Dem entwicklungspolitisch Interessierten ist die *Kreditanstalt für Wiederaufbau* bekannt, weil sie im Auftrag des Bundes einen Teil der deutschen Entwicklungszusammenarbeit abwickelt und den Ausbau der sozialen und wirtschaftlichen Infrastruktur in Entwicklungs- und Transformationsländern fördert. In der Öffentlichkeit wird die KfW daher vielfach als Förderin nachhaltigen Wirtschaftens wahrgenommen. Doch das ist nur das eine, das Sonntagsgesicht der KfW – zum Alltag der Bank gehört es auch, der deutschen Industrie für ihre Auslandsgeschäfte kommerzielle Finanzierungen zur Verfügung zu stellen. Weitgehend unbeachtet von der Öffentlichkeit hat die KfW diesen Geschäftsbereich in den letzten fünf Jahrzehnten konsequent auf- und ausgebaut. Dabei hat sie nicht vor der Finanzierung ökologisch wie sozial desaströser Vorhaben in Entwicklungs- und Schwellenländern zurückgeschreckt. Die Palette reicht von Großvorhaben in China wie dem Drei-Schluchten-Staudamm über Gold- und Kupferminen in Indonesien bis hin zu Atomkraftwerken in Osteuropa oder Südamerika.«

Zitat aus der von urgewald herausgegebenen ausführlichen Studie Kein gutes Geschäft – Die Schattenseiten der KfW-Export- und Projektfinanzierungen. (Download unter: urgewald.de/_media/_docs/kfw_kein-gutes-geschaeft.pdf)

Kapital braucht Kontrolle

Der internationale Finanzmarkt ist sehr undurchsichtig und globale Finanzflüsse schwer zurückzuverfolgen. Finanziers von Projekten sind häufig Konsortien, um politische Risiken oder Risiken von Preisverlusten



Zyanid: Hochgiftige Chemikalie gefährdet Menschen in Bergbaugebieten.

Foto: Archiv

zu minimieren. Sie gründen Tochterfirmen mit anderen Namen und schieben Unmengen an Kapital hin und her.

Deutsche Anleger können daher oft nur schwer nachvollziehen, was mit ihrem Geld passiert. Deshalb fordern Organisationen wie der *Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre* eine generelle Offenlegungspflicht über alle ökologisch und sozial relevanten Daten jedes finanzierten Geschäftsvorhabens. »Die Banken müssen«, so die Forderung, »für jeden vergebenen Kredit öffentlich darlegen, wie sie die Auswirkungen des geplanten Projekts auf Mensch und Umwelt geprüft haben, und aufgrund welcher konkreter Fakten sie den Kredit für verantwortlich halten!«

Betrachtet man das Engagement deutscher Banken im philippinischen Bergbausektor, kann man diese Forderung nur unterstreichen. Um es mit den Worten des globalisierungskritischen Aktionsbündnisses *attac* auszudrücken: Kapital muss unter Kontrolle!

Fälle wie die der WestLB, die sich aus einem kontroversen Minenprojekt in Indonesien zurückzog, lassen hoffen. Der Rückzug der Bank scheint auf den massiven Druck seitens der Zivilgesellschaft in Deutschland sowie den Widerstand der lokalen Bevölkerung in Nord-Sulawesi zurückzuführen zu sein (vgl. <http://home.snafu.de/watchin/>). Diesen Druck braucht es, auch hier in Deutschland, auf oben genannte Banken, die in den Philippinen aktiv sind.³

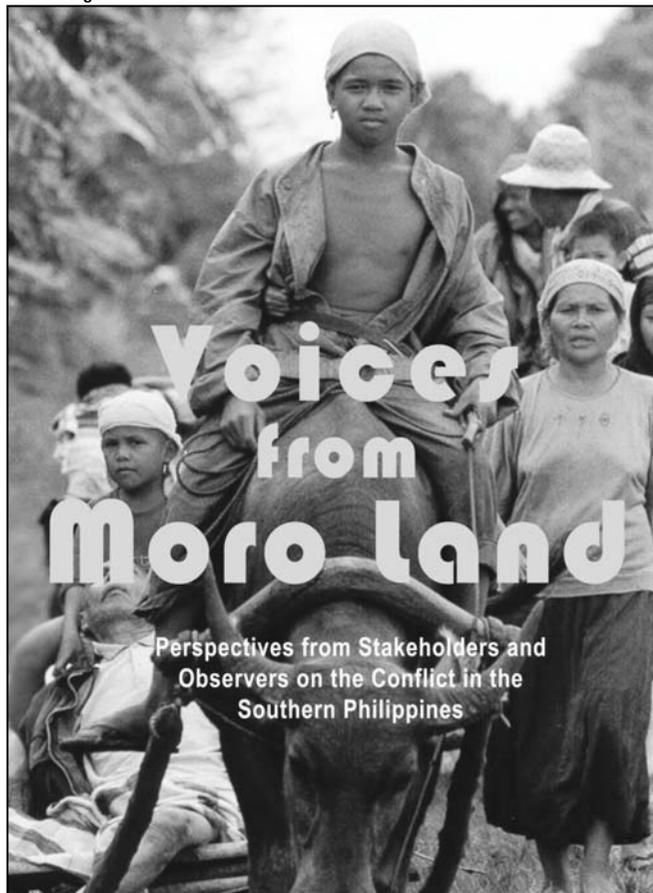
Anmerkungen

- 1) Und das nachdem schon 2005 und 2006 Berichte über verunreinigte Gewässer für Erschütterung gesorgt hatten. Damals kam es zu Vorfällen, bei denen mit Zyanid verunreinigte Abwässer ausliefen. Tausende Kubikmeter Zyanid- und Schwermetallbrühe ergossen sich in die Bäche der Insel. Auf Rapu-Rapu darf dessen ungeachtet *Lafayette* weiter Gold, Kupfer und Zink fördern. Daran änderten auch ein Erdbeben am 30. November 2006, der 22 Menschenleben forderte, nichts. Juristische Konsequenzen der Unfälle hat die Firma *Lafayette* derzeit nicht zu befürchten (vgl. radio.de/dlf/sendungen/hintergrundpolitik/624272/).
- 2) Die *International Finance Corporation* (IFC) ist eine Gesellschaft der Weltbankgruppe. Die 1956 gegründete IFC hat die Aufgabe, zur Verringerung der Armut in den weniger entwickelten Ländern beizutragen, indem sie das Wachstum des privaten Sektors fördert und bei der Mobilisierung von Inlands- und Auslandskapital Hilfe gewährt (vgl. wikipedia.de).
- 3) Das **philippinenbüro** plant in Zukunft verstärkt zu dem Thema zu arbeiten. Für weitere Informationen kontaktieren Sie das **philippinenbüro**.

Weiterführende Literatur

- Mara Stankovitch, Geoff Nettleton & Andy Whitmore (Hrsg.) (2007): *Mining in the Philippines. Concerns and conflicts. Columban Fathers*.
- Niklas Reese (2006): *Kann Partizipation Berge versetzen? Großbergbau, Indigenous Peoples' Rights Act und die Anti-Bergbau-Bewegung*. In: Niklas Reese & Rainer Werning (Hrsg.): *Handbuch Philippinen*. Horlemann Verlag.

— Anzeige —



Buchneuerscheinung

Voices From Moro Land

Perspectives from Stakeholders and Observers on the Conflict in the Southern Philippines

Herausgegeben von Peter Kreuzer und Rainer Werning

Erschienen 2007 beim Strategic Information and Research Development Centre, 246 Seiten, 20 Euro

Bestellung beim **philippinenbüro** möglich.